

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1924

459 (25.10.1924) Abendausgabe

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“

Bezugpreis: halbmöndlich 1.30 Goldmark frei Haus. In unserer Geschäftsstelle oder in unseren Agenturen abgeholt 1.20 Goldmark. Einzelverkaufspreis: Werktags 10 Goldpfennig, Sonntags 15 Goldpfennig. Durch die Post bezogen monatlich 2.60 Goldmark ausschließlich Zustellgeld. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezogener keine Ansprüche bei verspäteter oder Nichterscheinen der Zeitung. Abbestellungen werden nur bis 25. auf den folgenden Monatsheften angenommen.

Chefredakt. H. v. Laer. Verantwortl. f. Dtschland: Frh. Ehrhardt; für den Nachrichtenteil: Hans Bosh; für Wirtschaft, Stadt, Baden: Heinz Gerhardt; für Feuilleton: S. Weid; für „Pyramide“: Karl Joch; für Inserate: S. Schriever; sämtl. in Karlsruhe. Druck u. Verlag G. F. Müller, Karlsruhe, Ritterstr. 1. Berliner Redaktion: Dr. Rich. Tügler, Berlin-Steglitz, Sedanstr. 17. Telefon: Amt Steglitz 1119. Für unverlangte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Sprechstunde der Redaktion: 11-12 Uhr.

Unterhaltungsbeilage / Der Lesekreis / Literaturbeilage / Technik / Für die Frauen / Wandern u. Reisen / Turn- u. Sportzeitung / Ratgeber für Landwirtschaft u. Tierzucht

Ein englisch-russischer Konflikt.

Englischer Protest gegen sowjet-russische Propaganda in England.

London, 25. Okt. Mac Donald hat an den Geschäftsträger der Sowjetrepublik ein Schreiben gerichtet, dem die Abschrift eines von Sinowjew unterzeichneten Briefes an das Generalkomitee der englischen Kommunistischen Partei beigelegt ist, der Instruktionen zur gewalttätigen Beseitigung der englischen Staatseinrichtungen und der Zerkleinerung der königlichen Wehrmacht enthält. Das Foreign Office erklärt, die englische Regierung könne eine solche Propaganda nicht dulden und müsse sie als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Englands ansehen.

London, 25. Okt. Das gestrige Schreiben des Foreign Office an Rakowski bildet die Fortsetzung des Tages und wird von der Presse eingehend behandelt. Die Blätter sprechen von einem

Sowjetkomplott gegen Großbritannien.

Rakowski erklärt zu der ganzen Angelegenheit, er halte den dem Schreiben des Foreign Office beigelegten Brief Sinowjews für eine grobe Fälschung. Das in London befindliche enalische Mitglied der Kommunistischen Internationale, Mac Manus, dessen Unterschrift das Moskauer Dokument ebenfalls trägt, erklärte, er habe dieses Dokument niemals unterzeichnet. — Der Sekretär der Kommunistischen Partei Großbritanniens erklärte, die Partei habe dieses Dokument nicht erhalten.

„Daily Telegraph“ hält es andererseits nicht für möglich, daß das Foreign Office das Schreiben Sinowjews veröffentlicht und einen so scharfen Protest an die Sowjetregierung gerichtet hätte, ohne vollständige Sicherheit über die Echtheit des Dokumentes zu haben.

„Daily Express“ bezeichnet die Veröffentlichung als ein

Wahlmanifest des Foreign Office.

das zwei Wirkungen auf die Wählerschaft haben könnte. Es könne die öffentliche Meinung noch mehr gegen die Russen und daher gegen die Sozialisten, die für die russische Anleihe eintreten, entflammen. Andererseits könne es als eine solche Gehe Britischer Unabhängigkeit seitens der sozialistischen Regierung und somit als ein Beweis angesehen werden, daß die britische Regierung nicht unter dem Stiefel Moskaus stehe. In politischen Kreisen nehme man allgemain an, daß die Sozialisten diese Sache als Vorwand benutzen, um weitere Erörterungen mit der Sowjetregierung über die Anleihe zu verbinden.

„Daily Mail“ teilt dagegen mit, daß das Schreiben Sinowjews bereits seit einiger Zeit in London bekannt sei, und daß das Blatt selbst gedruckt worden sei.

„Daily Mail“ meint, wenn ein solches Blatt bis zum letzten Augenblick des Wahlfeldzuges zurückgehalten worden sei, so müsse dies als neuer Beweis angesehen werden, daß die Regierung in dieser Frage ein schlechtes Gewissen habe.

Vor der Anerkennung Sowjetrußlands durch Frankreich.

Paris, 25. Okt. Wie das „Journal“ zu wissen glaubt, wird die französische Regierung in allerhöchster Zeit die de jure-Anerkennung Sowjetrußlands vollziehen. Die Anerkennung der gegenwärtigen russischen Regierung wird von keinen Bedingungen abhängig gemacht werden. Nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen werden aber Verhandlungen beginnen, um die Interessen der Franzosen zu schützen, die bis zum Jahre 1917 russische Anleihen gezeichnet haben oder durch die Revolution in Rußland ihr Eigentum verloren haben.

Kamenev Botschafter der Sowjetregierung in Paris?

Paris, 25. Okt. Eine in Paris erscheinende russische Zeitung meldet, daß als Botschafter der Sowjetregierung Kamenev in Aussicht genommen sei. Er soll sofort nach Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland seinen Posten in Paris antreten. Wie das russische Blatt bemerkt, soll die französische Regierung nichts gegen die Wahl Kamenevs einzuwenden haben. Seine Gattin soll bereits in Paris befinden,

Die Plädoyer im Consul-Prozess.

Das Plädoyer des Reichsanwalts. w. Leipzig, 24. Okt. Reichsanwalt Niehamer führte in seinem Plädoyer etwa Folgendes aus:

Die Verhandlung ergab ein gleiches Bild, wie es die Anklage feststellte. Ehrhardt handelte aus Ueberzeugung.

Es sei begreiflich, daß die Ehrhardt-Offiziere die Treue über Alles stellten.

Die ganze Sache sei erst bedenklich geworden, als es galt, die polnischen Aufstände in Oberschlesien abzuwehren, und Verhandlungen stattfanden, auf Grund deren Hoffmann und Klinger sich für berechtigt halten konnten, ein Abwehrregiment zu bilden und die Vorbereitungen dazu geheimzuhalten.

Der innerpolitische Zweck der Organisation sei als nachgewiesen zu betrachten. Die Satzungen hätten kämpfen wollen gegen die Weimarer Verfassung, gegen die Sozialdemokratie und gegen das Judentum. Man wollte bei inneren Unruhen das Gewicht der Organisation in die Waagschale werfen. Die Satzung von der antinationalen Verfassung sei ein böses Wort; aber aus der Erörterung der verschiedenen Offizieren heraus erklärbar.

Die Vertrauensleute, auf Grund deren Aussagen die Verichte über die Organisation Consul entlassen seien, seien alle erheblich belastet. Ihre gesamten Aussagen hätten sich als Erfindung herausgestellt.

Der Tatbestand der Geheimbünde sei nach § 128 des Reichsstrafgesetzbuches verwirklichte sich inwieweit, als die Angeklagten den geheim zu haltenden Zweck der Organisation, eine Macht im Staate zu sein, gekannt hätten. Sie seien schuldig, weshalb die Anklage gegen die Mitglieder der Hauptleitung aufrecht zu erhalten sei.

Als Stifter sei nur Hoffmann anzusehen, der sich als Vagabund Ehrhardt fühlte. Schuldig seien im Sinne des § 128 Hoffmann, Klinger, Müller, Kanitzer und Henrich, auch Siebel, aber in gewissem Maße.

Bei Wegelin, Seffner, Frisch, Anders, von Abendroth, von Jodisch und Koppe sei die Vertheidigung ihrer oberleitenden Heimatspflicht allein maßgebend gewesen. Die Berliner Angeklagten hätten nur in passivem Sinne die Pflicht erfüllt. Wegelin sei wegen Verletzung der Ablieferungsspflicht bezüglich der Maschinengewehrpistole zu bestrafen.

Bezüglich des Strafmaßes dürfe der unrichtigen Meinung, daß es sich um eine Mordorganisation gehandelt habe, nicht Rechnung getragen werden.

Nun folgen die bereits gemeldeten Strafentwürfe.

Die Plädoyers der Verteidiger.

Nach halbtündiger Pause führte Rechtsanwalt Lütjens aus, daß der Prozess habe das Ergebnis, daß die Anschuldigungen gegen die Organisation Consul in nichts zerfallen seien. Er sei der Meinung, daß ein Beweis für die politische Einstellung nicht erbracht worden sei; der Bund habe überzeugend und gewinnen wollen für die von ihm richtig gehaltenen Ziele. Die Angeklagten Broeren und Henkel seien freizusprechen. Zur damaligen Zeit war die Organisation noch nicht im Stadium der Gründung. Kapitänleutnant Hoffmann habe als Leiter der Organisation Consul erklärt, daß ein neuer Putsch ein Unglück sein würde. Die Ziele der Organisation seien ja in der Zeitschrift „Wiking“ öffentlich erörtert worden.

Rechtsanwalt Sachs führte u. a. aus: Es fehle der Vorles und das Bewußtsein der Staatsgefährdung, was besonders für Henrich gelte.

Rechtsanwalt Meiser weist in seinem Plädoyer auf die Verdienste hin, die sich die Angeklagten im Dienste des Vaterlandes erworben haben. Die Satzungen der Organisation Consul seien aufgebaut auf dem Grundsatz „Bereitschaft ist alles“.

Rechtsanwalt Bloch erinnerte ebenfalls an die Verdienste der Ehrhardtbrigade. Die Angeklagten seien Schützer und Schirmer der Republik gewesen.

Justizrat Dahn hält für

das wichtigste Ergebnis des Prozesses die Erlebung der Behauptung von dem Bestehen einer Mordzentrale.

Es werde an erwägen sein, ob das Gesetz zum Schutze der Republik verfassungsmäßig sei.

Emald plädiert für die Freisprechung seines Klienten Wehrmann.

In seinem Schlusswort verweist der Angeklagte Hoffmann darauf, daß die Angehörigen seiner Organisation im besetzten Gebiet gefürchtet und gehaßt worden seien, daher sollte das eigene Vaterland sie lieben.

Gegen die Lügen des „Journal“.

Eine amtliche Erklärung.

Berlin, 25. Okt. Amtlich wird gemeldet:

Der Berliner Korrespondent des „Journal“ beschäftigt sich in einer längeren Meldung erneut mit den angeblichen Verhöfen, die in Deutschland gegen die militärischen Klauseln des Versailler Vertrags begangen worden sein sollen. Die von ihm hierbei gestellten 7 Fragen, die offensichtlich ein Mitglied in der seit einiger Zeit von gewissen ausländischen Zeitungen betriebenen

Systematischen Hege gegen Deutschland

darstellen, sollen im folgenden klar und eindeutig beantwortet werden.

Die Behauptung, daß bei den diesjährigen Manövern die Reichswehr über 14 Offiziere und 18 Offizierskapitänen in Spezialuniform für jede Kompanie verfüge, ist ebenfalls falsch, wie die weitere Behauptung, daß während der Manöver elektrische Spezialapparate für die Verstärkung von Tanks verwendet wurden. Jedermann weiß, daß solche Apparate in das Reich der Fabel gehören.

Auf das bereits hinreichend gekennzeichnete Märchen von gemeinsamen Manövern der deutschen Flotte mit russischen Schwadern in der nördlichen Ostsee noch einmal einzugehen, erübrigt sich.

Die Geschworenen, die früher zur Herstellung der größten Geschütze dienten, wurden bereits vor Jahren, entsprechend der Anordnung der J. M. A. R. von der Firma Krupp zerstückt. Die J. M. A. R. hatte denn auch keinerlei Anlaß zu Veranlassungen in diesem Punkte. Der phantastische Berichterstatter scheint kein Empfinden dafür zu haben, ein wie schlechtes Zeugnis er mit seiner aburden Behauptung, daß die Kruppwerke seit einiger Zeit entgegen den Abrüstungsbestimmungen Kanonen von 305 und 34 Zentimeter Kaliber herstellen, der J. M. A. R. ausstellt.

Damit beantwortet sich die Frage, ob die Fa. Krupp die ausdrückliche Ermächtigung von der Reichsregierung zur Herstellung solcher Kanonen eingeholt hat und ob die Reichsregierung diese erteilte, von selbst.

Die Frage wegen des Bestehens von Unterständen und deren Verwendung als Spezialunterstände für schwere und erprobtere Artillerie ist völlig unverständlich. Es liegen keinerlei Veranlassungen der jegigen Schießplatzeinrichtungen durch die J. M. A. R. vor.

Unrichtig ist schließlich auch, daß eine Reihe von Offizieren unter Benutzung auf einen Befehl der Reichsregierung sich einer Inspektion der Schiffsanwerter bei Gding widersetzt hätten.

Ein Protestschritt der französischen Regierung in Berlin?

Frankfurt a. M., 25. Okt. Wie die Frankfurter Zeitung aus Paris meldet, hat die französische Regierung wegen der Festhaltung des französischen Freiballons „Anjou“ durch die deutschen Behörden in Berlin einen Protestschritt unternommen.

Nach den Meldungen der Pariser Blätter sei bei dieser Gelegenheit auch die Freigabe der 12 der französisch-rumänischen Fluggesellschaft gehörigen Apparate verlangt worden, die im Laufe der letzten zwei Jahre auf dem Wege Prag-Paris in Deutschland hätten notlanden müssen und dort beschlagnahmt worden wären.

Der französische Ballon „Anjou“ ist vor einigen Wochen bei Emden gelandet und wurde, da das Ueberfliegen deutschen Gebietes ohne vorherige Genehmigung der deutschen Regierung verboten ist, von den Behörden beschlagnahmt.

Internationale Sozialpolitik.

Kritische Betrachtungen zum Prager Kongress.

Von Otto Thiel, M. d. R.

Es ist eine Utopie, anzunehmen, die soziale Frage der deutschen Arbeitnehmer könne, wie es die Sozialdemokratie ihren Anhängern beargwöhnt zu machen versucht, auf internationaler Grundlage gelöst werden. Die soziale Lage der deutschen Arbeitnehmer ist vielmehr überwiegend abhängig von der nationalen Freiheit, von der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit des Deutschen Reiches und auch davon, in welcher Weise mit der in den Arbeitnehmerorganisationen zusammengefaßten innerpolitischen und wirtschaftlichen Macht gearbeitet wird.

Der sogenannte Frieden von Versailles hat der Welt mit hochtönenden sozialpolitischen Phrasen, aus Furcht der Siegerstaaten vor revolutionären Neigungen ihrer Arbeitnehmerschaft, das Internationale Arbeitsamt in Genf geschaffen. Immer mehr hat sich dieses internationale Amt als ein Instrument der Außenpolitik der Siegerstaaten erwiesen, dessen Direktor, der vormalige französische Munitionsminister Thomas, diese internationale sozialpolitische Einrichtung, für geeignet hielt, beleidigende, nationalkritische Beschlüsse gegen Deutschland zu richten. Dem Sozialpolitiker ist es deshalb schon längst klar geworden, daß vom Genfer Internationalen Arbeitsamt für Deutschland nichts Gutes zu erwarten ist, wenn sich nicht grundlegende Änderungen vollziehen.

Welche Beurteilung verdienen von diesen Gedankenengängen aus die nichtamtlichen sozialpolitischen Internationalen? Können sie zu einem wirksamen Gegengewicht gegen die Völkerbundsbürokratie ausgefacht werden, die sich im Internationalen Arbeitsamt unter Herrn Thomas Leitung breit macht? Von solchen Erwägungen heraus war an sich zu begreifen, daß von der Internationalen Vereinigung für gesellschaftlichen Arbeitsschutz und der Internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vom 29. September bis 5. Oktober in Prag ein Internationaler Kongress für Sozialpolitik veranstaltet wurde, auf dem, wie wir hofften, mit größter Offenheit und freimütiger über Tatsachen gesprochen werden würde, die vom Internationalen Arbeitsamt wegen seiner Abhängigkeiten und einseitig französischen Tendenzen geistlich unterdrückt werden.

Wir erlebten aber — um es vorweg zu sagen — eine bittere Enttäuschung. Schon die Vorbereitungen ließen alles zu wünschen übrig. Zunächst einmal war die Wahl des Ortes ein arger Mißgriff. Wenn die tschechoslowakische Regierung es auch hervorragend verstanden hat, rein äußerlich den Fremden den Aufenthalt so angenehm wie nur irgend möglich zu machen, hätten diese Neuherlichkeiten die Veranstaltung des Kongresses nicht über die Tatsache hinwegtäuschen sollen, daß es für einen wirklich sozial empfindenden Menschen und insbesondere für einen Deutschen ein peinliches Gefühl ist, daß dieser Kongress angeschlossen in dem Lande stattfindet, in dem, sogar unter dem Deckmantel der Sozialpolitik, eine himmelführende Vergewaltigung der nationalen Minderheiten, insbesondere unserer deutschen Brüder, zum Zwecke der völligen Tschechisierung der Sudetenlande, betrieben wird. Nach dem Gehören des tschechischen Außenministers war voranzusehen, daß die Tschechoslowakei aus diesen Kongress zu einer peinlichen nationalkritischen Propaganda benutzen werde.

Die Haltung der überwiegend sozialdemokratischen deutschen Delegation wurde aber beherzigt von dem Bestreben, nur ja nicht irgendwie den süßen Frieden zu stören. So schloste man wortlos einen unangenehmen und objektiven man wortlos einen unangenehmen und objektiven Präsidenten, so hielt man es unzumutbar, die französische Seite für eine Tölpelhaftigkeit über eine den deutschen Belangen dienlichere Entwurf der Entschließung zu votieren vorgelegten der Festhaltung der Arbeitszeitfrage zu verhandeln. Kurz: das Bild, das die von einer sozialdemokratischen Mehrheit beherrschte deutsche Delegation dem Kongress überbrachte, war, gemessen an der Bedeutung, die die deutsche Sozialpolitik in der Welt einnimmt, geradezu kläglich. Die deutschen Sozialdemokraten dachten offenbar an nichts anderes als daran, den Kongress als ein willkommenes Druckmittel für ihre innenpolitischen Kämpfe zu benutzen. Um diesen Zweck zu erreichen, wagten sie es nicht, mit einem angemessenen Selbstbewußtsein aufzutreten. Die Franzosen aber und die Tschechen fühlten sich als Herren ihrer nationalen Belange auf einem internationalen Parkett. Das ist es, was wir immer wieder mit Betrübnis feststellen müssen und woraus die deutschen Arbeitnehmer Forderungen stellen müssen, wenn sie nicht dauernd am kürzesten Hebel sitzen wollen.

Zur Arbeitszeitfrage wurde in einer von den Franzosen vorgelegten Entschließung die vorbehaltlose Ratifizierung des Washingtoner Abkommens (Achtstundentag) verlangt. Franzosen

und Engländer fürchten die deutsche Konkurrenz. Ihnen ist es in allererster Linie darum zu tun, die Arbeitslosigkeit ihres eigenen Landes zu beseitigen.

Als Professor Lujo Brentano, der achtzigjährige Vorkämpfer für kurze Arbeitszeiten, sich erhob und dem Kongreß eine Fülle bemerkenswerter volkswirtschaftlicher Tatsachen, insbesondere hinsichtlich der Unvereinbarkeit der uns auferlegten Kriegsschuldigungen mit der Forderung nach Durchführung des Achtstundentages in Deutschland vortrug, da erhoben sich die Vertreter aller anderen Nationen, um für die unbedingte Notwendigkeit völliger Gleichheit der Arbeitszeit in allen konkurrierenden Staaten einzutreten.

Bei der Frage der Arbeitslosenfürsorge sprach man über alle möglichen Ursachen der Arbeitslosigkeit, nur durfte nicht gesprochen werden über die tiefsten Ursachen der Desorganisation der Weltwirtschaft, die Unhaltbarkeit der wirtschaftlichen Grenzführung durch die Friedensdiffikultäten, die Verfallung lebensfähiger und Bildung lebensfähiger Staaten, die Zerstörung der deutschen Wirtschaft durch den französischen Militarismus und die Erpressung wirtschaftlich untragbarer Kontributionen.

Neue Verordnungen der Rheinland-Kommission.

Koblenz, 25. Okt. Die Rheinland-Kommission hat drei neue Verordnungen erlassen. Die Sonderverordnung Nr. 275 befaßt sich mit der Verteilung des Ertrages aus Verkäufen der auf den rheinischen Bahnen zurückgebliebenen Waren.

Durch Verordnung Nr. 276 wird die Verordnung Nr. 233, die das Brennstoffregime im besetzten Gebiet regelt, bis 28. Oktober aufgehoben. Im Rahmen der Instruktion Nr. 23 wird der Kohlenausfuhr für die Brennstoffversorgung, den Verbrauch der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswärme sowie der Eisenbahn überwachen.

Die Sonderverordnung Nr. 277 hebt die Sonderverordnung Nr. 165 über die Nichtanwendung des Preisennotgesetzes in den besetzten Gebieten auf.

„Räumung“.

Berlin, 25. Okt. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet aus Posen (im Taunus): Währung der Ort bisher von einem Bataillon belegt war, das 33 Wohnungen für

sich in Anspruch nahm, ist jetzt ein anderes Bataillon eingezogen, das über 50 Wohnungen beschlagnahmt hat, und wahrscheinlich auch die Baugeverbestände beanspruchen wird. Eine solche Maßnahme bedeutet für den Ort mit 3600 Einwohnern nahezu eine Katastrophe.

Grauenhafte Mißhandlungen deutscher Gefangener im Ruhrgebiet?

Berlin, 25. Okt. Ein Wilhelm Jerven hat im „Berliner Lokalanzeiger“ Schilderungen grauenhafter Mißhandlungen, die an deutschen politischen Gefangenen im Ruhrgebiet verübt worden seien, veröffentlicht. Wie die „Vossische Zeitung“ erfährt, hat das Reichsministerium des Innern in dieser Angelegenheit Ermittlungen angestellt und sich das Material unterbreiten lassen, um eine gerichtliche Untersuchung in die Wege zu leiten.

Die Lieferung von Reparationskohle.

Die Essener Verhandlungen.

Essen, 25. Okt. Die Verhandlungen über die Lieferung von Reparationskohle fanden vom 21. bis 24. Oktober in Essen zwischen Vertretern der deutschen Regierung und des Kohleninstituts einerseits und Vertretern der französischen, belgischen und italienischen Regierung andererseits statt. Die Verhandlungen über die Reparationskohlelieferungen, welche nach Ablauf der Nicomverträge ab 28. Oktober wieder von der deutschen Regierung auszuführen sind, kamen zu keinem positiven Ergebnis, weil in der Frage des Transportes von Ruhrkohlen eine Ueberbrückung der Gegenläufe nicht möglich war. Die Vertreter der alliierten Regierungen bestanden auf die Fortführung des unter der Herrschaft der Nicom geschaffenen Systems. Von deutscher Seite wurde die Rückkehr zu dem durch den Friedensvertrag und das Wiesbadener Abkommen bedingten Zustand verlangt und versucht, durch Zugeständnisse für die Uebergangszeit hinwegzukommen.

Paris, 25. Okt. „Libre Belge“ zufolge wird angefochten der große Kohlenvorräte die Frage erörtert, ob man nicht einen Tag feierlich die Woche in den Gruben des Beckens von Charleroi einführen soll.

Die Zukunft Kameruns.

Berlin, 25. Okt. Die Morgenblätter melden aus Genf: Die Mandatskommission des Völkerbundes prüfte gestern in gemeinsamer Sitzung die Berichte über das japanische Mandat an den Südpazifik und über das englische Kamerun-Mandat. Die Kommission legt Wert auf die Feststellung, daß England, indem es Kamerun wie einen Bestandteil des benachbarten Nigeria verwalte, durchaus im Sinne seines Mandats handele und damit keineswegs beabsichtige, die Integrität des Mandats über Kamerun anzutasten und daß dieses Gebiet laut Mandat weiter im Sinne des Völkerbundes verwaltet werde, dem England regelmäßig Bericht über seine Tätigkeit erstattet.

Nolle über die französische Armee.

Paris, 25. Okt. Im „Matin“ veröffentlicht heute Jules Sauerwein ein Interview mit General Nolle, in dem sich dieser über die Pläne zur Neugestaltung der französischen Armee äußerte.

Nolle erklärte u. a.: „Ich sehe, daß in der Presse vor allem meine Erklärungen über die Einschränkung der Militärdienstpflicht vor der Finanzkommission wiedergegeben werden.“

Ebenso müssen Industrie und Banken zu der Rolle herangezogen werden, die sie in einem Kriege spielen. Um diese Organisation durchzuführen, bedarf es der Instruktionarmee. Diese müsse jederzeit zu ihrer zweitwichtigsten Aufgabe bereit sein, nämlich zur militärischen Ausbildung der Bevölkerung.

Die nationale Verteidigung eines Landes stützt sich auf zwei Kräfte: die erste ist die Vorbereitung auf einen Verteidigungskrieg. Dazu gehört die Schaffung der bewaffneten Nation. Ich denke hierbei hauptsächlich daran, von jetzt ab eine enge Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Militär zu schaffen und zwar derart, daß jede Erfindung zur Stärkung unserer Sicherheit angewandt wird.

Das große Programm, ein System der ständigen Verteidigung aufzustellen, mag ein gewaltiges Werk sein, aber wir rechnen damit, es schnell zu verwirklichen. Die technischen Einzelheiten kann ich öffentlich nicht mitteilen, aber ich kann sagen, daß unsere Arbeiten bereits sehr weit fortgeschritten sind und daß bereits in kurzer Zeit die ersten unserer Maßnahmen sichtbar werden.“

Hamburg, 25. Okt. Die deutschnationale Volkspartei hatte zu gestern Abend eine Beamtenwählerversammlung einberufen. Der Saal war halb von Linksradi-kalen besetzt. Die deutschnationalen Redner, Mitglieder der Bürgerdämmerung, konnten ihre Ansprachen nur unter Lärm und Zurufen beenden.

Die Aussprache gestaltete sich sehr hitzig. Als ein weiterer Redner die Demokraten und Sozialdemokraten beschuldigte, sie verhinderten jede soziale Fürsorge, erhob sich ein ohrenbetäubender Lärm. Es wurden Drohreden auf die Republik ausgebracht und revolutionäre Reden geäußert. Der Vorsitzende war gezwungen, den vorzeitigen Schluß der Versammlung zu verkünden.

Märchen über den Kronprinzen. Berlin, 25. Okt. In der auch von deutschen Zeitungen verbreiteten Nachricht der „New York World“, daß Graf Westary mit dem Kronprinzen über eine etwaige Ehe

Verschiedene Meldungen

Wahlabkommen.

Berlin, 25. Okt. Der „Lokalanzeiger“ meldet, daß zwischen den schlesischen, ostpreussischen und schleswig-holsteinischen Bauernvereinen einerseits und der Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes andererseits ein gemeinsames Vorhaben bei den Wahlen am 7. Dezember vereinbart worden ist.

Sprengung einer deutschnationalen Wähler-versammlung in Hamburg.

Berlin, 25. Okt. Die deutschnationale Volkspartei hatte zu gestern Abend eine Beamtenwählerversammlung einberufen. Der Saal war halb von Linksradi-kalen besetzt. Die deutschnationalen Redner, Mitglieder der Bürgerdämmerung, konnten ihre Ansprachen nur unter Lärm und Zurufen beenden.

Märchen über den Kronprinzen.

Berlin, 25. Okt. In der auch von deutschen Zeitungen verbreiteten Nachricht der „New York World“, daß Graf Westary mit dem Kronprinzen über eine etwaige Ehe

kandidatur bei den Deutschnationalen bzw. wegen einer Erklärung zur Unterstützung der Partei verhandelt habe, wird dem „Berliner Lokalanzeiger“ von zuverlässiger Seite bestätigt, daß an der ganzen Sache kein wahres Wort ist. Auch die Reise des Kronprinzen nach Bayern, wo er gestern Gast des Kronprinzen Rupprecht war, trägt keinen politischen Charakter.

Grober Aufzug der „Friedensliga“.

Frankfurt a. M., 25. Okt. Auf Einladung der „Frauenliga für Frieden und Freiheit“ in Frankfurt a. M. sprachen gestern Abend im Saale des Zoologischen Gartens der französische General Verraux und General von Schönaich. Das Versammlungslokal war von einem überaus starken Polizeiaufgebot gesichert. Als General Verraux von der Versammlung durch minutenlanges Händeklatschen begrüßt wurde und die Rednertribüne bestieg, erschollen aus der Versammlung Rufe: „Vive la France!“ Diese Zwischenrufe lösten an verschiedenen Stellen des Saales Schlägereien aus. Erst nachdem der Saal durch die Ruhe wieder hergestellt hatte, konnte der General seine Rede beginnen.

Die Notlage der bayerischen Landwirtschaft.

München, 25. Okt. Dem Haushaltsausschuß des Landtags wurde gestern eine Reihe von Anträgen der verschiedensten Parteien zugunsten der notleidenden Landwirtschaft beraten. Die Berichterstatter gaben eine erschütternde Bild der Notlage der bayerischen Landwirtschaft, die hauptsächlich durch die schweren Unwetterkatastrophen zu leiden hatten. Abg. Dr. Klippenhauer wies darauf hin, daß Deutschland in den letzten Monaten 70-80 Prozent Inlandsgetreide und nur mehr 20 Prozent Inlandsgetreide zu vermahlen hatte und daß z. B. wieder eine große amerikanische Schiffsladung von 60.000 Tonnen amerikanischem Weizen unterwegs sei. Auf diese Weise würden die deutschen Mühlen nur mehr zu Mehlschlackern.

Schulz-Förster bleibt in Ungarn.

Berlin, 25. Okt. Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Budapest, daß der Würdiger Erzbischof, Schulz, der sich noch in Polizeigewahrsam befindet, neuerdings den Wunsch ausgesprochen habe, in Ungarn zu bleiben. Er soll demnächst freigelassen und in der Villa des Abgeordneten Gömbel Wohnung nehmen, da er nachgewiesen hat, daß er bei dem Abgeordneten Beschäftigung findet. Er werde sich jedoch höchstens einmal bei der Polizei stellen.

Streik auf der Berliner Hoch- und Untergrundbahn.

Berlin, 25. Okt. Eine große Versammlung des technischen Personals der Berliner Hoch- und Untergrundbahn schloß gestern Abend den für das Hochbahnpersonal gefällten Schiedsspruch ab. Dieses bedeutet den Blättern zufolge einen Streikbeschluss, es sei jedoch fraglich, ob und wann ein Ausstand erfolgen werde.

Völliger Bruch der mexikanischen Handelsbeziehungen zu England.

Managua, 25. Okt. (Funkpruch.) Wie aus Mexiko berichtet wird, hat das Ministerium des Äußeren die Schließung der mexikanischen Konsulate in London, Liverpool und Lissabon, sowie alle Honorarkonsulate in Großbritannien angeordnet. Dies bedeute den völligen Bruch der mexikanischen Handelsbeziehungen zu Großbritannien.

Das Sekretariat Primo de Riveras aufgelöst.

Paris, 25. Okt. Nach Meldungen aus Madrid ist das Sekretariat des Generals Primo de Riveras aufgelöst. Die spanische Zeitung „El Sol“ teilt mit, daß diese Maßnahme deshalb erfolgt sei, weil der Regierungschef solange in Marokko bleiben wolle, bis der Konflikt mit Abdul Krim endgültig erledigt sei.



Die „Pyramide“

Wochenschrift zum Karlsruher Tagblatt enthält in der morgigen Nummer (43) folgende Beiträge: Aus den Erinnerungen eines alten Karlsruhers. II. Von Dr. Friedrich Weill in Karlsruhe. — Niesche und das Christentum. Von Parzer Peter Kas in Karlsruhe. — Von Ulm nach Wien im Fallboot. Von Dr. Max Demmig in Pforzheim. — Die Götterin. Eine Selbstskizze. Von Magda Fuhrmann in Karlsruhe. — Traumkinder. Von Karl Kappler in Karlsruhe.

Der Stiefelwischer.

Strasenszene in Newyork. Von Anna Koch. Es gibt in Newyork viele reiche Leute, die sich neben dem Kammerdiener noch einen Hausmann halten können, der die Kunst des Stiefelwischens gewiß versteht. Es gibt aber noch viel mehr Leute, die sich diesen Luxus nicht leisten können. Die ihr Schuhwerk der edlen Kunst — der Stiefelwischer anvertrauen. Es gibt auch genug Leute, die sich die Ausgabe des täglichen Stiefelwischens mit zehn Cent erlauben dürfen. Es gibt aber mehr von jener Sorte, die sich mit einmaligem Stiefelwischen — in der Woche begnügen muß. Diese letztere Sorte sucht den auf „hohem Stuhl“ erworbenen Glanz so lange wie möglich aufzuhalten. Das Stiefelwischen am Fuß ist in vielen Ländern eine verpöbte Sache. Es wird mit Schläperei und Faustheit in Verbindung gebracht. Dagegen hat in Amerika die Bequemlichkeit der Hausfrau die blühende Kunst der Stiefelwischer ins Leben gerufen, die Tausenden und Abertausenden Brot sichert. Gibt es doch bereits keine Strasenszene, wo nicht das „Shoe Shine“ zu lesen stände.

Erhabene Sitze, als gälte es Könige zu krönen, im Glaskasten, oder im Freien, mit oder ohne Schirm.

Hier thronen Damen und Herren hoch erhoben mit Gesichtern, als wäre über eine Welt zu gebieten, indes eine Menge Bürsten, Tücher und Wische den rühmreichen „erhöhten Glanz“ hervorzaubern.

Diese Kunst der Stiefelwischer ist ehrbar, reell, sehr nützlich und hat ihre Kunden. Man kann sich hier, was erhöhten Glanz betrifft, anvertrauen. Sie ist aber etwas langweilig, wie schließlich alles Zünftige. Interessant ist der „anzünftige Stiefelwischer“.

Der Werbenbe, der Kommende!

Wie in guten alten Zeiten der Handwerksbursche sein Felleisen auf den Rücken nahm und wanderte, so nimmt der von den Zünftigen so verachtete Anzünftige sein kleines Kästchen auf den Rücken, oder unter den Arm, und schweift in dem feineren Meer der Großstadt nach Entdeckungsfahrten, die weiland der tapfere Kolumbus dies auch getan hat.

Dieser Anzünftige taucht plötzlich an großen Plätzen, an verkehrsreichen Straßen, bei festlichen Umzügen auf, die Wäde gegen den Boden gerichtet, ob nicht von ungefahr ein solanwidriges Stiefelpaar des Wegs daher käme. Ist dies der Fall, so ertönt zwar nicht der Kolumbusruf: „Land“, aber sicher der verheißungsvolle Ruf: „Shoe Shine!“ Am Preis ist ein großer Unterschied. Wie alle Zünftigen, arbeiten auch diese billiger, als die Zünftigen, die den Einheitspreis von zehn Cent nehmen. Die Zünftigen tun es für fünf Cent.

Es muß gesagt sein, daß das Meer der Zünftigen meist aus Knaben besteht, mit mehr oder weniger sauberem Anzug. Bisweilen sind es auch alte Männer, die sich dem Meer der Zünftigen anschließen. Die Zünftigen schöpfen entschieden den Reiz ab bei der, erhöhten Glanz bestehende, Menge. Was für den Anzünftigen bleibt, ist arbeitslos genug, denn es ist unbedingt die summe Zujage eines herabgekommenen Geldbeutelns, den Fuß auf das arbeitslose Holz-

läulein der Anzünftigen zu setzen, statt auf den erhabenen Thron der Zünftigen.

Möge das Meer der Zünftigen über seine Erhabenheit triumphieren. Der Triumph der interessanteren Kundstige kann den unheimlichen Anzünftigen nicht genommen werden. Der ist vielleicht die Menge der langweilige „Erhöhten“ mit den seidenen Socken oder Strümpfen interessanter, als ein alter Landtreiber mit einem roten und grünen Socken, einem Koch im Schuh, und dem Bestreben, mit dem letzten Fünfer die verlorene Reputation wieder zu gewinnen, oder möglichst mit erhöhtem Glanz dem verlorenen Tag eine letzte Gewinnchance abzurufen?

Der ist vielleicht ein niedliches Mädchen mit fadenscheinigem Käcklein und abgeriebenen Schuhen, mit süßem Gesicht und — obligatorisch geschnittenem Haar nicht etwa demerksamer, als die blasierten Gestalten der angestammten Frauenwelt auf geraden, hohen Stiefelschuhen, die, auf erhöhtem Stuhl sitzend, geringschätzig auf die arbeitslose Kundstige der Zünftigen herabsehen? Wie gesagt, bei Festlichkeiten tanzen diese kleinen Wegelagerer beim ärgsten Gedränge aus der kleinsten Doffnung auf, bereit, auf den leichten Wind sich dem Würdigen und Unwürdigen zu fügen zu lassen.

In der berühmten fünften Avenue war es. An der zweitwichtigsten Straße, vor dem klassischen Bau der Bibliothek, bei einer Parade. Samstag mittag um Neberlauf. Alle Geschäfte aus. Fabelhaftes Gewimmel. Aus der Bibliothek kommend gerate ich unabsichtlich in diesen Menschenstrom. Unbekümmert verzehre ich mein Käsebrot und zwei, leider saure, Apfelsinen zum Lunch. Ich schaue um mich und gewahre, daß auf den bereitgestellten Bänken auf dem freien Platz noch Eisplaf genaug ist. Ich schiebe mich in eine Bank hinein, von deren erhöhten Standpunkt aus die fünfte Avenue leicht überblickt werden kann. Wie haben umgehenden mehrere Anzünftige meine Beine. Mit Kennerblick erraten sie den schwindmüchtigen Zustand meines Geldbeutelns, der sich das Stiefelwischen höchstens einmal in der Woche erlauben

kann. „Für fünf Cent“, flehen ihre Augen, „werden wir dir gerne erhöhten Glanz für den Sonntag, auf deine Füße zaubern.“ Und der Ruf „Shoe Shine“ klingt gleich einer süßen Melodie an mein Ohr. Ich überlege. Hatte mir nicht am letzten Montag zu ein elender Zünftiger in der achten Straße für zehn Cent die neue Wische auf den alten Dred geschmiert, daß es mir vor Entsetzen über den Atem verfiel? Also wollte ich es einmal vor aller Welt mit diesem jungen, zumflossenen Kandidaten versuchen. Ein Bild.

Ein schlanker Knabe — im Stiefeln reif für eine Romeoizene — lag zu meinen Füßen. Wahrhaftig, er machte nicht den Fehler des Zünftigen. Sorgfältig entfernte er zuerst den alten Staub. Wenn auch seine Bürste noch nicht ganz kriegerischer war, so hatte ich ja keine Hühneraugen. Ein Stiefel mit wunderbarem Glanz war fertig. Die ertönte Fanfarentone.

Alles erhob sich. Eine Schar Berittener in irgend einer Tracht. Eine Menge Automobile mit Fahnen und Fähnchen. Mein Anzünftiger hatte für einen Augenblick den Gelderwerb vergessen. Er stand, mit der Bürste und den Wappen in der Hand, neben mir. Lange gab er sich aber der Neugier nicht hin. Flehentlich sah er mich an. Ich verstand. Allerdings, so lange er der Parade zusah, verdrante er nichts. Gebüldig ließ ich mir den zweiten Schuh wischen. Dankend freute er seinen Lohn ein. Er verdrante noch sein Glück bei einem neben mir stehenden Individuum mit ungläublichen Stiefeln. Seine Augen stiechen aber vergeblich, der Kerl schüttelte den Kopf. Es war nichts zu machen.

Während die Menge die fünfte Avenue entlang schaute, suchte mein kleiner Wegelagerer nach neuer Kundstige und ich dachte bei mir selbst: Entweder hat er schon viele Paraden gesehen, oder hat eine fremde Mutter, oder hat das Zeug zum Millionär, bei dieser Jugend den glanzvollen Aufstieg verachtend, nach Brot zu gehen, während seine gleichaltrigen Kameraden es sich auf den Löwen und Springbrunnen vor der Bibliothek höchst wohl sein ließen.

